

## EINLEITUNG

Am Vorabend der deutschen Einheit, als die Geschichte der Bonner Republik zu Ende ging, war das Feuer eines linken Fortschrittsdenkens erloschen. Am Fall der Mauer, am Zugewinn von Freiheit und Demokratie in Ostdeutschland nahmen linksliberale und soziale Demokraten im Westen Deutschlands erstaunlich geringen Anteil. Die aufgeflogene Lebenslüge westdeutscher Marxisten, sozialistische Unterdrückungsregime nicht ernst zu nehmen, erklärt dieses Erlöschen nur zum Teil. Schwere wog, dass die Fragen der Friedensgefährdung und der sozialen Ungleichheit die Aufmerksamkeit auf sich gezogen hatten. Die Sozialdemokratie gab auf diese Fragen seit Anerkennung der deutschen Teilung und seit dem Auftauchen der Massenarbeitslosigkeit Anfang der 70er Jahre vor allem defensive und strukturerhaltende Antworten. Sie hatte sich, als die DDR zusammenbrach, seit mehr als einem Jahrzehnt im Abwehrkampf gegen Leistungskürzungen des westdeutschen Sozialstaates aufgerieben. Als „Reformpartei“ war ein neuer deutscher Konservatismus entstanden, der im Bündnis mit einem wirtschaftsliberalen Programm 1989 auf der Höhe der Zeit zu stehen schien. Es schlug die Stunde der Einheit der Nation und der Öffnung der Märkte. Die westdeutsche Linke aber hatte ihr Versprechen, mehr Demokratie, mehr Teilhabe, Gleichberechtigung und Emanzipation zu ermöglichen, aus den Augen verloren und ging zutiefst verunsichert in die Berliner Republik.<sup>1</sup>

Ist dieses Erlahmen der linksliberalen Kräfte hinreichend erklärt mit den ökonomischen Gründen, die im Umkippen der Wachstumsgesellschaft und in der Verengung der Verteilungsspielräume liegen? War es die notwendige Folge der schnellen und erfolgreicherer Anpassung der Rechten an die Erforderlichkeiten des wirt-

---

<sup>1</sup> Vgl. Daniel Friedrich Sturm: Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90. Bonn 2006, dessen differenzierte Darstellung die von führenden SPD-Politikern je eingenommen Haltungen aufhellt, aber mit dem resümierenden Begriff des „negativen Nationalismus“, siehe S. 474, noch wenig zur Ursachensuche beiträgt.

schaftlichen Wandels? Die neokonservative Polemik, die Unfähigkeit der Linken zu Nationalstolz und Leistungsethos habe die wirtschaftliche Schwäche verursacht, lenkt den Blick auf ein Drittes: auf die nationalsozialistische Vergangenheit.

Denn an dieser Vergangenheit und an den Versuchen, sie zu „bewältigen“, hatten sich über vier Jahrzehnte Bundesrepublik die Geister geschieden. Der alte deutsche Staats- und Nationalkonservatismus und – spätestens seit Bismarck mit ihm verbunden – das nationalliberale Lager waren die Träger des autoritären Nationalismus, dessen Einmünden in das NS-Regime zu einem massiven Ansehensverlust der konservativen Eliten führte, als erst das Ausmaß der Verbrechen offen zutage trat und der in „Abendland“-Rhetorik gekleidete Antikommunismus, in dessen Zwielficht noch aus fanatischen NS-Funktionären unbehelligt staatstreue Bundesbürger wurden, an Kraft verlor.<sup>2</sup> Für die sozialliberale Konstellation in der bundesdeutschen Geschichte war das bewegende und verbindende Motiv, eine offene Auseinandersetzung mit der fortwirkenden NS-Vergangenheit zu leisten und daraus die noch fälligen innen- und außenpolitischen Konsequenzen zu ziehen. Diese Konstellation hob ein gutes Jahrzehnt vor der Kanzlerschaft Willy Brandts an als Herausforderung autoritärer Eliten, eingebettet in eine westwärts schauend sich individualisierende Gesellschaft mit wachsender Ökonomie und gebündelt im politischen Doppelprojekt einer Demokratisierung im Inneren und einer Entspannung nach außen. Mit Gustav Heinemann, dem sozialliberal gewählten Bundespräsidenten, und mit der um Haaresbreite errungenen parlamentarischen Mehrheit für den ersten sozialdemokratischen Bundeskanzler schien 1969 die Stunde des Wandels gekommen, die Brandt mit der Formel „mehr Demokratie wagen“ ankündigte. Mit überaus großen Erwartungen der Reform begannen die 70er Jahre. Wann und aus welchen Gründen zerbrach das Selbstvertrauen, das diesen Elan speiste? Wie kam es zur Renaissance eines in historischen Ausmaßen diskreditierten konservativen Denkens in Deutschland? Und verbunden mit diesen beiden die vielleicht schwierigste und schwerwiegendste dritte Frage: Welche Wendung nahm dabei die Aufarbeitung der Vergangenheit, die ein Hoffnungszeichen universeller politischer Aufklärung gewesen war?

Diese Fragen leiten die hier unternommene Spurensuche nach den Anfängen einer Art neukonservativen Gegenreformation, einer abermaligen Revision der politisch-historischen Orientierung der Bonner Republik im Verlauf ihrer zweiten, zwan-

---

<sup>2</sup> Vgl. Axel Schildt: Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der 50er Jahre. München 1999, und ders.: Konservatismus in Deutschland. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart. München 1998.

zig Jahre währenden Lebenshälfte. Diese Suche bewegt sich mitten hinein in eine unebene, mehrdeutige, umstrittene, die Gegenwart des vereinten Deutschland prägende und von einer hypertrophen Quellenvielfalt eher verborgene, denn aufgeschlossene Zeit. Wie erklärt sich die Schwäche der Linken? Wie äußerte sich die Revision der sozialliberalen Konstellation? Wann war die Gegenreform offen erkennbar und welche sprachlichen Formen hatte sie angenommen? Ein erster unsystematisch ausschweifender Rundblick lässt ahnen: In der Geschichte ist jeder Anfang anfangs eine Wende, die im Ungefähren beginnt. Die Gewichte verschieben sich stetig. Die semantischen Glockenschläge der Revision erst bringen sie voll zu Bewusstsein.

## 1.

(1) Am 28. April 1979 veröffentlichte Karl Heinz Bohrer den Essay „Deutschland – noch eine geistige Möglichkeit. Bemerkungen zu einem nationalen Tabu“.<sup>3</sup> Unzufriedenheit und Unruhe trieben den fordernden Text. „Allein gelassen, ohne den alten Begriff von sich selbst“, das sei die westdeutsch verengte deutsche Kultur. Bohrer schrieb: „Losgelöst von ihrem alten Kulturbegriff – und das Titanische ist für ihn gewiß die beste Metapher – hat die deutsche Kultur etwas beunruhigend Aschenputtelhaftes bekommen.“ Wie keine andere habe „unsere metaphysisch-idealistische Tradition“ unter der Internationalisierung gelitten; „die angelsächsische Zivilisation kam der Nivellierung ohne großen Substanzverlust politisch und intellektuell entgegen.“ Bohrer verwies auf Hans-Jürgen Syberberg: „Syberberg hat in seiner gigantischen cineastischen Hitler-Phantasie ohne Schamröte deutlich gemacht, daß die Deutschen nach dem kriminell verlorenen Kriege nicht nur Hitler, sondern sich selbst, das, was ihre ‚geistige Möglichkeit‘ ausmacht, gefährlich verdrängt haben.“ Der Regisseur, so Bohrer weiter, „sprach vor einem ausländischen Publikum als erster etwas aus, worauf die westdeutschen Kulturkonservativen aus schlechtem Gewissen 30 Jahre lang nicht gekommen sind, nachdem die liberale und linke Intelligenz es bei Verlust von Ehre und Einfluß verboten hatte.“ Syberberg paraphrasierend kam Bohrer auf sein eigenes geistig-politisches Bekenntnis: „Wenn wir nicht zurückkehren zu unserem uns angeborenen großen Stil der Imagination, der Metaphysik, ja

---

<sup>3</sup> Erschienen in der Tiefdruckbeilage „Bilder und Zeiten“ der Frankfurter Allgemeine Zeitung.

dem Stil des schlechthin Verbotenen – so meinte er wohl – dann bleiben wir weiter geistig und seelisch kolonialisiert.“

(2) Im selben Jahr erschien Jean Améry's letzter Aufsatz „In den Wind gesprochen“, in dem der Überlebende von Auschwitz, der Monate zuvor den Freitod gewählt hatte, ein resignierendes Fazit der politisch-kulturellen Entwicklung zog. Nach der Befreiung aus dem Konzentrationslager 1945, so Améry, „bildete ich mir ein, die Welt gehöre uns: den Geschlagenen, die zu Siegern geworden waren“. Dieser Aufbruch aus dem Geist der *Résistance* gegen Hitler erscheine nunmehr als tiefste Vergangenheit. „Unsere Träume von 1945 gehen unter mit uns, wie traurig! Aber so will es die historische Wirklichkeit, für die sie nur Abfall sind. Man muß sich bescheiden.“<sup>4</sup>

(3) Ebenfalls 1979 schrieb Martin Walser von seinem „Händedruck mit Gespenstern“, denen der nationalen Tradition. Er habe immer weniger Lust zur Heuchelei. „Endlich keine Kritik mehr der eigenen Neigung, sondern Zustimmung zur bisher ununterbrochen bekämpften Neigung“, machte er sich Luft. „Ich vermute, daß unsere nationale und gesellschaftliche Ratlosigkeit eine Folge unserer Entfernung von der Geschichte ist.“ Im Ausland erwarte man von ihm, dass er sein Deutschsein mit Fassung trage, wie man ein Leiden erträgt. In Auschwitz sah er den Grund. „Wenn wir Auschwitz bewältigen könnten, könnten wir uns wieder nationalen Aufgaben zuwenden.“<sup>5</sup>

(4) Im Jahr 1980 hielt Ernst Nolte einen Vortrag vor der Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung in München, in dem er die „negative Lebendigkeit“ des Dritten Reiches beklagte. Die Gewalttaten des Dritten Reiches seien zwar singulär, eine Auffassung, die „lange Zeit von vielen Deutschen verdrängt oder nicht zur Kenntnis genommen“ worden sei. Doch, so Nolte weiter, „in der ‚veröffentlichten Meinung‘ trat sie doch immer ausschließlich hervor, so daß im nachhinein bloß die Stimme der Opfer vernehmbar war; eine Rechtfertigung wurde nicht einmal im Ansatz versucht, und die Abschwächungen setzten allenfalls eine unfaßbar hohe Zahl an die Stelle einer ebenso unfaßbaren höheren Zahl.“ Nolte empfahl, damit Hitler nicht zum negativen Mythos werde, Auschwitz in eine umfassendere Perspektive zu rücken. „In der Tat scheint mir genau dies die notwendigste und schwierigste Aufgabe zu sein, wenn

---

<sup>4</sup> In: Axel Eggebrecht (Hg.): Die zornigen alten Männer. Gedanken über Deutschland seit 1945. Hamburg 1979. Zit. nach Jean Améry: Werke, Bd. 7, Aufsätze zur Politik und Zeitgeschichte. Stuttgart 2005, S. 573-600 (573, 599).

<sup>5</sup> In: Jürgen Habermas (Hg.): Stichworte zur ‚Geistigen Situation der Zeit‘. Bd. 1: Nation und Republik. Frankfurt a.M. 1979, S. 39-50 (39, 43, 46,48).

das Dritte Reich aus der Situation des Jahres 1980 heraus zu einer neuen und revidierenden Darstellung gebracht werden sollte.“ In einer für den Historiker ungewöhnlichen Wendung sagte er, diese neue Darstellung solle man nicht in der Weimarer Republik beginnen, sondern mit Blick auf die Massaker im Kambodscha der Gegenwart. Diese erinnerten an die Gräueltaten der Russischen Revolution, und, so folgerte er, „die Ereignisse in Indochina sollten nun klar gemacht haben, was im Bereich der Klassen-, Völker- und Gruppenvernichtung das Original und was die Kopie war.“ Einfühlend in die seines Erachtens vernachlässigte Perspektive der Täter glaubte er zu wissen: „Auschwitz resultiert nicht in erster Linie aus dem überlieferten Antisemitismus und war im Kern nicht ein bloßer ‚Völkermord‘, sondern es handelte sich vor allem um die aus Angst geborene Reaktion auf die Vernichtungsvorgänge der Russischen Revolution.“<sup>6</sup>

(5) Am 8. Juni 1984 trug Nolte im philosophischen Seminar der Universität Bonn vor und erläuterte, was er unter „philosophischer Geschichtsschreibung“ des Nationalsozialismus verstand. In diesem Blickwinkel seien die „konkreten Ängste des Mannes Adolf Hitler“ auf den Fortschritt in Gestalt der Juden gerichtet gewesen. „Durch Schlagworte wie Rassismus, Antiintellektualismus, Sozialdarwinismus, Nationalismus und auch durch den richtigen Hinweis auf den Mangel an innerer Konsistenz verdeckt man diese Bedeutung eher, als daß man sie herausstellt“, führte er aus. „Die Kritik am ‚Fortschritt‘ und die Angst vor seinen zerstörerischen Auswirkungen“, so Nolte, „sind heute so weit verbreitet und so groß, daß ein Verständnis für frühere Formen dieser Beängstigung und insofern im Wortsinn ‚Sympathie‘ sich auch denjenigen geradezu aufdrängen müßte, bei denen die Verurteilung der konkreten Auswirkungen sich von vornherein und von selbst versteht.“ Nolte brachte die Kritik der Moderne, wie sie bei der Frankfurter Schule begegnete, in eine Wesensverwandtschaft mit der NS-Ideologie und erklärte, die „Zeitgenossenschaft“ von Horkheimer, Adorno und Hitler sei trotz „des abgründigen Gegensatzes“ nicht zu leugnen. „Nur wer unerschütterlich an den Fortschritt glaubt und dessen Weg genau

---

<sup>6</sup> Ernst Nolte: Zwischen Geschichtslegende und Revisionismus? Das Dritte Reich im Blickwinkel des Jahres 1980. Unter dem Titel „Die negative Lebendigkeit des Dritten Reiches“ leicht gekürzt zuerst erschienen in Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24. Juli 1980. Zit. nach: „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung. München 1987, S. 13-35 (15, 25f., 32).

zu kennen meint, darf den Nationalsozialismus unbeschwerten Gewissens als ‚reaktionär‘ oder als ‚zivilisationsfeindlich‘ charakterisieren.“<sup>7</sup>

(6) Am 26. November 1984 hielt Jürgen Habermas vor dem spanischen Parlament eine Rede über die Krise des Wohlfahrtsstaates, die Anfang 1985 vom „Merkur“ unter der Überschrift „Die Neue Unübersichtlichkeit“ publiziert wurde. Die seit der Französischen Revolution das moderne Geschichtsbewusstsein aufspannenden utopischen Energien seien aufgezehrt, erschöpft. „Der Horizont der Zukunft hat sich zusammengezogen und den Zeitgeist wie die Politik gründlich verändert. Die Zukunft ist negativ besetzt; an der Schwelle zum 21. Jahrhundert zeichnet sich das Schreckenspanorama der weltweiten Gefährdung allgemeiner Lebensinteressen ab“, so Habermas. „Die Antworten der Intellektuellen spiegeln nicht weniger als die der Politiker Ratlosigkeit.“<sup>8</sup>

(7) Im selben Jahrgang des „Merkur“ und anlässlich des 40. Jahrestages des Kriegsendes leitete Martin Broszat sein „Plädoyer für eine Historisierung des Nationalsozialismus“ mit der Feststellung ein, „daß die Moralität der Betroffenheit von der NS-Vergangenheit sich mittlerweile stark erschöpft hat.“ Sie habe „durch neue weltgeschichtliche Gewalt- und Katastrophenerfahrungen an Singularität eingebüßt“. Das Besondere an der deutschen Situation sei die Schwierigkeit, den Nationalsozialismus in die eigene Geschichte einzuordnen. „Vierzig Jahre Abstand haben dabei, so scheint es auf den ersten Blick, nicht viel bewirkt“, schrieb Broszat. „Welches Geschichtsbuch man auch aufschlägt: Wenn das Dritte Reich beginnt, geht der Autor auf Distanz. Das Einfühlen in historische Zusammenhänge bricht ebenso ab wie die Lust am geschichtlichen Erzählen.“ Er konstatierte positiv eine wachsende Historisierung der Fragestellungen in den sozial-, struktur- oder alltagsgeschichtlichen Einzelforschungen. Lokal- und regionalhistorische Untersuchungen zeigten in der „Nahoptik“, dass sich der Nationalsozialismus „meist viel weniger dramatisch“ darstelle. „Die Ergebnisse der Einzelforschungen in den letzten zwanzig Jahren haben sich gleichwohl, das zeigen auch die historiographischen Gesamtdarstellungen, noch nicht in eine ‚neue Sachlichkeit‘ des Gesamtbildes und der Geschichtsschreibung umsetzen lassen.“ Broszat forderte „eine historische Befreiung“ der Perspektiven „aus dem Zwangskorsett der Vorstellung von einer alles umfassenden Gewaltherr-

<sup>7</sup> Ernst Nolte: Philosophische Geschichtsschreibung heute? In: HZ 242 (1986), S. 265-289 (273f., 279f.).

<sup>8</sup> Jürgen Habermas: Die Neue Unübersichtlichkeit. Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien. In: Merkur 39 (1985), S. 1-14 (1f.).

schaft.“ An die Stelle der moralischen Absperrung der Hitler-Zeit müsse eine „Entschlackung“ der Begriffe treten. „Man kann nicht gleichzeitig die Blockade des deutschen Geschichtsbewußtseins durch den Nationalsozialismus bedauern und an seiner Abriegelung gegen das geschichtliche Verstehen festhalten. Die „Normalisierung“ unseres Geschichtsbewußtseins kann auf die Dauer die NS-Zeit nicht aussparen, kann nicht nur um sie herum erfolgen.“<sup>9</sup>

(8) Zum 40. Jahrestag des 8. Mai 1945 hielt Bundespräsident Richard von Weizsäcker im Plenarsaal des Deutschen Bundestages eine Ansprache. „Der 8. Mai ist für uns vor allem ein Tag der Erinnerung“, hob er an, „an das, was Menschen erleiden mußten.“ Seit 1945 sei von Tag zu Tag klarer geworden, was es nun gemeinsam zu sagen gelte: „Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.“ Die schweren Leiden von Flucht und Vertreibung lägen im Beginn dieser Herrschaft 1933 begründet. Am Anfang habe der abgrundtiefe Hass Hitlers auf „unsere jüdischen Mitmenschen“ gestanden. Der Völkermord an den Juden sei beispiellos in der Geschichte. „Es geht nicht darum, Vergangenheit zu bewältigen. Das kann man gar nicht. Sie läßt sich ja nicht nachträglich ändern oder ungeschehen machen.“ Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließe, werde blind für die Gegenwart. „Das jüdische Volk“, fuhr er fort, „erinnert sich und wird sich immer erinnern. Wir suchen als Menschen Versöhnung. Gerade deshalb müssen wir verstehen, daß es Versöhnung ohne Erinnerung nicht geben kann.“ Er zitierte die „jüdische Weisheit“: „das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung.“<sup>10</sup>

(9) „In einem Land ohne Erinnerung ist alles möglich“, begann ein Leitartikel von Michael Stürmer in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 25. April 1986. Orientierungsverlust und Identitätssuche seien Geschwister. In einem geschichtslosen Land wie dem der Deutschen gewinne die Zukunft, „wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet.“ Die Bundesrepublik habe weltpolitische und weltwirtschaftliche Verantwortung. „Die Suche nach der verlorenen Geschichte“, schloss Stürmer, „ist nicht abstraktes Bildungsstreben: sie ist moralisch legitim und politisch notwendig. Denn es geht um die innere Kontinuität der deutschen Republik und ihre außenpolitische Berechenbarkeit.“<sup>11</sup>

<sup>9</sup> Martin Broszat: Plädoyer für eine Historisierung des Nationalsozialismus. In: Merkur 39 (1985), S. 373-385 (374f., 380, 384).

<sup>10</sup> Ansprache in der Gedenkstunde im Plenarsaal des Deutschen Bundestages am 8. Mai 1985. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Berlin 1985.

<sup>11</sup> Michael Stürmer: Geschichte in geschichtslosem Land. Zit. nach: Historikerstreit, S. 36-38.

(10) Am 6. Juni 1986 veröffentlichte Ernst Nolte in der FAZ eine Rede, die er für die Frankfurter „Römerberg-Gespräche“ vorbereitet, aber dort wegen eines Streits mit den Veranstaltern nicht gehalten hatte. Die nationalsozialistische Vergangenheit unterliege dem in der Geschichte normalen „Hinschwinden, diesem Entkräftigungsvorgang nicht, sondern sie scheint immer noch lebendiger und kraftvoller zu werden, aber nicht als Vorbild, sondern als Schreckbild, als eine Vergangenheit, die sich geradezu als Gegenwart etabliert oder die wie ein Richtschwert über der Gegenwart aufgehängt ist.“ Dadurch würden Fragen wie diejenige nicht zugelassen, ob etwa bei dem Nichtvergehen der Vergangenheit Interessen eine Rolle spielten, „auch die Interessen der Verfolgten und ihrer Nachfahren an einem permanenten Status des Herausgehoben- und Privilegiertseins. Die Rede von der ‚Schuld der Deutschen‘ übersieht allzu geflissentlich die Ähnlichkeit mit der Rede von der ‚Schuld der Juden‘, die ein Hauptargument der Nationalsozialisten war.“ Fragen und Revisionen der historischen Darstellung dürften nicht deshalb ausgeschlossen werden, weil dies „volkspädagogisch gefährlich“ sei. Nolte formulierte seine Fragen: „Vollbrachten die Nationalsozialisten, vollbrachte Hitler eine ‚asiatische‘ Tat vielleicht nur deshalb, weil sie sich und ihresgleichen als potentielle oder wirkliche Opfer einer ‚asiatischen‘ Tat betrachteten? War nicht der ‚Archipel GULag‘ ursprünglicher als Auschwitz? War nicht der ‚Klassenmord‘ der Bolschewiki das logische und faktische Prius des ‚Rassenmords‘ der Nationalsozialisten?“<sup>12</sup>

(11) Im Oktober 1987 erschien Ernst Noltes Buch „Der europäische Bürgerkrieg“, in dessen Einleitung er die „volkspädagogischen Besorgnisse“, es könne ein neuer Hitler auftreten und ein neues Auschwitz ins Werk setzen, für „töricht“ erklärte, so dass nun endlich der Schritt getan werden dürfe, den zentralen Punkt der nationalsozialistischen Vergangenheit zum Thema zu machen. Dieser Punkt sei „weder in *verbrecherischen Neigungen* noch in *antisemitischen Obsessionen* zu suchen“, so Nolte. „Das vorliegende Buch geht von der Annahme aus, daß die von Furcht und Haß erfüllte Beziehung zum Kommunismus tatsächlich die bewegende Mitte von Hitlers Empfindungen und von Hitlers Ideologie war, daß er damit nur auf besonders intensive Weise dasjenige artikulierte, was zahlreiche deutsche und nichtdeutsche Zeitgenossen empfanden, und daß alle diese Empfindungen und Befürchtungen nicht

---

<sup>12</sup> Ernst Nolte: Vergangenheit, die nicht vergehen will. Eine Rede, die geschrieben, aber nicht gehalten werden konnte. Zit. nach: Historikerstreit, S. 39-47 (39, 41f., 45).



nur verstehbar, sondern auch größtenteils verständlich und bis zu einem bestimmten Punkte sogar gerechtfertigt waren.“<sup>13</sup>

In diesem Panoptikum mehr oder minder prominent gewordener Interventionen zum Geschichtsbild der Bundesrepublik tauchen Reiz- und Leitbegriffe auf, die in der Rückschau als folgenreich anmuten. Die „volkspädagogischen Besorgnisse“, das „nationale Tabu“, das „geschichtslose Land“, die „Resignation“ der Antifaschisten und die „neue Unübersichtlichkeit“, die „negative Lebendigkeit des Dritten Reiches“, die „Vergangenheit, die nicht vergehen will“ als „Richtschwert über der Gegenwart“, „Erlösung durch Erinnerung“, „Auschwitz bewältigen, um sich wieder nationalen Aufgaben zuwenden zu können“, die „Historisierung des Nationalsozialismus“, die „Normalisierung des Geschichtsbewusstseins“, die „Angst des Mannes Hitler“ vor dem Bolschewismus, der „Klassenmord der Bolschewiki als logisches und faktisches Prius des Rassenmords der Nationalsozialisten“, die „asiatische Tat“ der Kommunisten, das „permanente Herausgehoben- und Privilegiertsein der Juden“, die notwendige „Rechtfertigung Hitlers“. Alle diese Wortmeldungen – viele weitere ließen sich natürlich hinzufügen – wirken fort. Auf welche Weise aber wirken sie, auf welches vermutete Problem reagieren sie? Versucht man, den gemeinsamen Nenner zu finden, so ergibt sich eine überraschend einfache Lösung. Denn so verschieden die Zitate anmuten, sind sie doch Äußerungen desselben, von ganz unterschiedlichen Autoren in wechselnden Kontexten zuinnerst erregt aufgeworfenen Problems: *der Begründbarkeit deutscher Traditionen in Hinsicht auf die Beruhigung eines kollektiven Selbstzweifels, der, würde er außer Kontrolle geraten, die nationalstaatlichen Voraussetzungen politischer Herrschaft und kultureller Imagination zu zernagen drohte.*

Wie sich die von einzelnen Autoren und Rednern geäußerte Erregung über den geglaubten Verlust an nationaler Tradition und „Identität“ der Deutschen zum Politikum steigerte, das anstößig war, das aber der Revision eine Bresche schlug und die linksliberale Intelligenz stetig in die Defensive drängte, lässt sich zunächst am leichtesten konkretisieren, indem die Entwicklung der besonders publik gewordenen Streitfälle noch einmal gerafft rekapituliert wird. Der „Historikerstreit“, die „Historisierung“ des Nationalsozialismus, die Konflikte, die Ernst Nolte und Martin Walser auslösten, ziehen eine breite Leuchtspur der öffentlichen Auseinandersetzung von der Bundesrepublik der 80er Jahre bis in die Gegenwart des vereinten Deutschland.

---

<sup>13</sup> Ernst Nolte: Der europäische Bürgerkrieg 1917-1945. Nationalsozialismus und Bolschewismus (1987). München (5)1997, S. 43.

Manche Position hat sich seither radikalisiert, manche Konfliktformation neu gruppiert.

Während 1986 eine Reihe renommierter Historiker Nolte in Schutz nahm, seine Thesen für anregend, nur falsch zitiert und den Streit für wissenschaftlich unfruchtbar erklärte<sup>14</sup>, isolierte er sich, stark unter Druck anderer ebenso prominenter Fachkollegen<sup>15</sup>, in den folgenden Jahren durch Wiederholung und Verschärfung seiner Aussagen. In den 90er Jahren schrieb er, durch keine Auffassung sei der Nationalsozialismus so vollständig des historischen Unrechts geziehen worden wie durch den Marxismus und die Sowjetunion. Es sei nach deren Zerfall der Frage „schlechterdings nicht mehr auszuweichen, ob nicht dem Nationalsozialismus zumindest insoweit ein gewisses historisches Recht zuzuschreiben ist, als er sich dem umfassenden Anspruch der Sowjetunion mit großer, wenn auch vermutlich weit überschießender Energie widersetze.“<sup>16</sup> Das Dritte Reich habe insoweit einen „rationalen Kern“ besessen.<sup>17</sup> Die Annahme eines „jüdischen Bolschewismus“ sei falsch, doch naheliegender gewesen.<sup>18</sup> In einem Spiegel-Interview unterstrich er das „historische Recht“, das er Hitler zusprach, mit dem Satz: „Aus der Situation der Gegenwart heraus war

<sup>14</sup> Vgl. die Beiträge von Joachim Fest: Die geschuldete Erinnerung. Zur Kontroverse über die Unvergleichbarkeit der nationalsozialistischen Massenverbrechen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. August 1986, Thomas Nipperdey: Unter der Herrschaft des Verdachts. Wissenschaftliche Aussagen dürfen nicht an ihrer politischen Funktion gemessen werden. In: Die Zeit, 17. Oktober 1986, Klaus Hildebrand: Wer dem Abgrund entrinnen will, muß ihn aufs genaueste ausloten. Ist die neue deutsche Geschichtsschreibung revisionistisch? In: Die Welt, 22. November 1986, Horst Möller: Es kann nicht sein, was nicht sein darf. Plädoyer für die Versachlichung der Kontroverse über die Zeitgeschichte. In: Beiträge zur Konfliktforschung 4/1986, alle wieder abgedruckt in: Historikerstreit.

<sup>15</sup> Vgl. Eberhard Jäckel: Die elende Praxis der Untersteller. Das Einmalige der nationalsozialistischen Verbrechen läßt sich nicht leugnen. In: Die Zeit, 6. September 1986, Jürgen Kocka: Hitler sollte nicht durch Stalin oder Pol Pot verdrängt werden. Über Versuche deutscher Historiker, die Ungeheuerlichkeit von NS-Verbrechen zu relativieren. In: Frankfurter Rundschau, 23. September 1986, Hans Mommsen: Neues Geschichtsbewußtsein und Relativierung des Nationalsozialismus. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Oktober 1986, Martin Broszat: Wo sich die Geister scheiden. Die Beschwörung der Geschichte taugt nicht als nationaler Religionsersatz. In: Die Zeit, 3. Oktober 1986, Christian Meier: Eröffnungsrede zum 36. Deutschen Historikertag in Trier, 8. Oktober 1986, Heinrich August Winkler: Auf ewig in Hitlers Schatten? Zum Streit über das Geschichtsbild der Deutschen. In: Frankfurter Rundschau, 14. November 1986, Kurt Sontheimer: Maskenbildner schminken eine neue Identität. In: Rheinischer Merkur/Christ und Welt, 21. November 1986, alle wieder abgedruckt in: Historikerstreit, außerdem Hans-Ulrich Wehler: Entsorgung der deutschen Vergangenheit? Ein polemischer Essay zum „Historikerstreit“. München 1988. Nolte schilderte in einer umfassenden Verteidigung in eigener Sache, er habe als Folge des Streits und der „Kritik von israelischer bzw. jüdischer Seite“, die sich auf ihn konzentriere, den von der Deutschen Forschungsgemeinschaft an ihn vergebenen Auftrag der Veröffentlichung der Briefe und Tagebücher Theodor Herzls verloren, außerdem habe sich sein Verlag von ihm zurückgezogen. Er sah sich zum „Objekt eines Feldzuges politischer Insinuationen und Vermutungen, vor allem einer wahren Kampagne moralischer Empörung“ gemacht. Siehe Ernst Nolte: Das Vergehen der Vergangenheit. Antwort an meine Kritiker im sogenannten Historikerstreit (1987). Berlin (2)1988, S. 9, 19.

<sup>16</sup> Ernst Nolte: Streitpunkte. Heutige und künftige Kontroversen um den Nationalsozialismus (1993). Berlin (2)1994, S. 19.

<sup>17</sup> Ebd., S. 36.

<sup>18</sup> Ebd., S. 418.

das zukunftssträchtigt.“<sup>19</sup> Daraufhin verweigerte die Frankfurter Allgemeine Zeitung Nolte, seine Beiträge weiterhin zu drucken. In der allgemeinen Öffentlichkeit wie unter deutschen Historikern schien nun Einigkeit darüber zu bestehen, es handle sich bei ihm um einen spröden Sonderling, der befangen sei in einer „Kontinuität der Unbelehrbarkeit“.<sup>20</sup> Am 5. Juni 2000 versuchte der Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, Horst Möller, aus Anlass der Auszeichnung Ernst Noltés mit dem Konrad-Adenauer-Preis der Deutschland-Stiftung sich noch einmal an einer Laudatio. Nolte sei „der einzige Geschichtsphilosoph unter den deutschen Historikern und der einzige Historiker unter den deutschen Geschichtsphilosophen“, ein „Geschichtsdenker von hohem Rang“, der „bewusst gegen Tabus verstoße“.<sup>21</sup> Die Reaktionen reichten vom Lob Möllers für den „von großer Ernsthaftigkeit getragenen Versuch, den Außenseiter der Zunft zurückzuholen“<sup>22</sup>, bis zur Aufforderung eines Mitglieds des Wissenschaftlichen Beirats, der Direktor möge zurücktreten<sup>23</sup>. Einige dem IfZ nahestehende Historiker bekundeten, sie seien „über den Ansehensverlust tief besorgt, den das Haus unter der Leitung von Horst Möller erfährt“.<sup>24</sup> Selbst Möller lehnte indes jene These vom „rationalen Kern“ im Antisemitismus Hitlers ab, „die auch Noltés Verteidigern immer schon unheimlich gewesen ist“<sup>25</sup>. Nolte wurde vorerst zum „Geschichtsneurotiker“ erklärt, der nicht integrierbar sei.<sup>26</sup> Und als der Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann in einer Rede zum Tag der Deutschen Einheit 2003 mit den Thesen Noltés zum „jüdischen Bolschewismus“ gegen die „allgegenwärtige Mutzerstörung im nationalen Selbstbewusstsein der Deutschen, die durch Hitlers Nachwirkungen ausgelöst wurde“, anzugehen versuchte, schlossen ihn die Bundestagsfraktion der CDU/CSU und die hessische CDU aus.<sup>27</sup>

<sup>19</sup> Der Spiegel, 3. Oktober 1994, S. 97.

<sup>20</sup> Vgl. Hans-Ulrich Wehler: Die Kontinuität der Unbelehrbarkeit. Ernst Noltés Nationalsozialismus – nur Reaktion auf den Bolschewismus? In: Hans-Martin Lohmann (Hg.): Extremismus der Mitte. Vom rechten Verständnis deutscher Nation. Frankfurt a.M. 1994, S. 135-143.

<sup>21</sup> Vgl. Rainer Blasius: Zwischen Laudatio und Kritik. Die Preisverleihung an Ernst Nolte, und Patrick Bahners: Logik als Unmöglichkeit. Ernst Nolte erklärt sich und wird von Horst Möller gelobt. Beide in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6. Juni 2000.

<sup>22</sup> So Rainer Blasius.

<sup>23</sup> Heinrich August Winkler: Offener Brief an den Direktor des Instituts für Zeitgeschichte. In: Die Zeit, 15. Juni 2000.

<sup>24</sup> Die Laudatio auf Ernst Nolte sei „mit den Aufgaben und der Tradition des Instituts nicht zu vereinbaren“ bekundeten Wolfgang Benz, Christoph Buchheim, Hans Buchheim, Norbert Frei, Klaus-Dietmar Henke, Ludolf Herbst, Hans Mommsen und Dietmar Petzina. In: Die Zeit, 21. Juni 2000. Dazu ebd. der Beitrag von Volker Ullrich: Ein Institut im Zwielficht.

<sup>25</sup> So Patrick Bahners: Logik der Unmöglichkeit.

<sup>26</sup> Ulrich Raulff: Verbrechen und andere Kleinigkeiten. Der Geschichtsneurotiker als Verfassungsfeind: Ernst Nolte zum achtzigsten Geburtstag. In: Süddeutsche Zeitung, 11./12. Januar 2003.

<sup>27</sup> Nach dem Ausschluss Hohmanns aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 14. November 2003 wurde er auf Beschluss des Landesparteigerichts der CDU Hessen vom 16. Juli 2004 auch aus der

Martin Walser indessen beklagte am 30. Oktober 1988 in seinem Beitrag zur Reihe „Reden über unser Land“ die deutsche Teilung als „Eingriff, Machtausübung, Strafaktion“, als „Interesse des Auslands“, das man nicht benennen dürfe ob der „uns beherrschenden Meinungsselektion“. Antifaschistische Haltungen verewigten den Faschismus. Verfassungspatriotismus sei ein Wort aus dem „Abfindungslabor“. „Am besten verlief ein Deutschland-Gespräch, wenn man dabei auskäme ohne Verneinung“, so Walser. „Hat man denn, solange man einen anderen verneint, überhaupt etwas zu sagen? Es genügt doch zu sagen, was uns trägt: die Vergangenheit.“ Die Nation sei im „Menschenmaß das mächtigste geschichtliche Vorkommen, bis jetzt.“ Dies nannte er sein nicht vorschreibbares „Geschichtsgefühl“.<sup>28</sup> Nach 1990 warnte er, es seien rechtsextreme Jugendliche „ins Asoziale geraten, nur weil ihr Diskurs (der nach rechts tendierende) überhaupt nicht zugelassen wurde“, eine „verstreut-verdrossene Linke“ wolle „jeden erledigen, der sein Leben nicht mit ihrem Bekenntnis verbringen kann.“ Aufklärung und Universalismus entsprächen nicht der Wirklichkeit. „Wer fängt an, unsere gloriose Verabredetheit zu kündigen?“<sup>29</sup> Als Walser 1998 den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels erhielt, widmete er die Dankesrede seiner Abwehr der „Dauerpräsentation unserer Schande“: „Jeder kennt unsere geschichtliche Last, die unvergängliche Schande, kein Tag, an dem sie uns nicht vorgehalten wird. Könnte es sein, daß die Intellektuellen, die sie uns vorhalten, dadurch, daß sie uns die Schande vorhalten, eine Sekunde lang der Illusion verfallen, sie hätten sich, weil sie wieder im grausamen Erinnerungsdienst gearbeitet haben, ein wenig entschuldigt, seien für einen Augenblick sogar näher bei den Opfern als bei den Tätern?“ Er habe es „nie für möglich gehalten, die Seite der Beschuldigten zu verlassen“, und entdecke in der Medienpräsenz von Auschwitz „die Instrumentalisierung unserer Schande zu gegenwärtigen Zwecken“.<sup>30</sup> Im Frühjahr 2002 legte Walser den Roman „Tod eines Kritikers“<sup>31</sup> vor, den die Frankfurter Allgemeine Zeitung nicht wie vorgesehen zum Vorabdruck annahm. In einem offenen Brief an Walser schrieb der Feuilletonchef Frank Schirrmacher noch vor der Publikation des Buches: „Ihr

---

Partei ausgeschlossen. Dagegen erhob er Klage vor dem Landgericht Berlin, das diese jedoch am 11. November 2005 als unbegründet abwies. Vgl. zur Ansprache von Martin Hohmann zum 3. Oktober 2003 und zum Protest gegen den Parteiausschluss Fritz Schenk: Der Fall Hohmann und kein Ende. Mit dem Text des Sondervotums des Bundesparteigerichts der CDU. München (2)2005.

<sup>28</sup> Martin Walser: Über Deutschland reden. In: Die Zeit, 3. November 1988. Zit. nach ders.: Aus dem Wortschatz unserer Kämpfe. Frankfurt a.M. 2002, S. 258-279 (264f., 266, 278f.).

<sup>29</sup> Martin Walser: Deutsche Sorgen. In: Der Spiegel, 28. Juni 1993. Zit. nach ders.: Aus dem Wortschatz, S. 280-294 (288, 291, 293f.).

<sup>30</sup> Martin Walser: Erfahrungen beim Verfassen einer Sonntagsrede. In: Aus dem Wortschatz, S. 295-310 (301f.).

Roman ist eine Exekution. Eine Abrechnung – lassen wir das Versteckspiel mit den fiktiven Namen gleich von Anfang an beiseite! – mit Marcel Reich-Ranicki.“ Die gegen den jüdischen Kritiker gerichteten antisemitischen Klischees seien unübersehbar. „Sie, lieber Herr Walser, haben oft genug gesagt, Sie wollten sich befreit fühlen. Ich glaube heute: Ihre Freiheit ist unsere Niederlage.“<sup>32</sup> Der als Sensation gehandelte Eklat provozierte weit auseinander liegende Stellungnahmen. Während Walser selbst sich entsetzte über den „Druck der Verdachtshysterie“<sup>33</sup> und seine Verteidiger warnen: „Was Martin Walser in diesen Tagen widerfährt, ist der Versuch eines politischen Rufmordes“<sup>34</sup>, hielt ein anderer Teil der Kritik das Buch für einen „antisemitischen Affektsturm“, „literarische Barbarei“, bei der ungezügelter Hass die Feder geführt habe<sup>35</sup>, oder glaubte, der Autor habe „literarischen Selbstmord“ begangen<sup>36</sup>. Im Oktober 2004 verließ Walser, weil, wie er schrieb, die Verlagsleitung vor dem gegen ihn angezettelten Skandal in die Knie gegangen sei<sup>37</sup>, das Haus Suhrkamp, zu dessen politischer Profilierung er seit Ende der 50er Jahre maßgeblich beigetragen hatte.

War also die linksliberale Abwehr dieser zwei scharfen Exponenten der Revision erfolgreich, zumal jeweils im vorläufigen Höhepunkt der Kontroverse auch das zunächst zurückhaltend unentschiedene Feuilleton der Frankfurter Allgemeinen ihnen die gewohnte Publikationschance entzog? Der Schlagzeilen trüchtige Streit um Nolte und Walser weist die Tendenz auf, zwei Autoren aus der Diskussionsgemeinschaft mit dem Verdikt auszuschließen, sie verstießen gegen den „Grundkonsens“ der Bundesrepublik. Dieses Verfahren der Exklusion mag zwar der Gesellschaft nutzen. Es

---

<sup>31</sup> Martin Walser: Tod eines Kritikers. Frankfurt a.M. 2002.

<sup>32</sup> Frank Schirmacher: Lieber Martin Walser, Ihr Buch werden wir nicht drucken. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. Mai 2002.

<sup>33</sup> In: Der Tagesspiegel, 31. Mai 2002.

<sup>34</sup> Thomas Steinfeld: Die Rache ist mein, spricht der Autor. Literarischer Ausnahmezustand: Heute fordert die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ dieselbe politische Korrektheit von Martin Walser, für deren Missachtung sie ihn gestern noch bewunderte. In: Süddeutsche Zeitung, 31. Mai 2002.

<sup>35</sup> Jan Philipp Reemtsma: Ein antisemitischer Affektsturm. Wenn das Denken entgleist, führt der Haß die Feder: Über Martin Walsers umstrittenen Roman "Tod eines Kritikers" In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. Juni 2002, endet mit dem Urteil: „Ist Walser darum ein Antisemit? Er ist niemand, dessen bisheriges Werk durch antisemitische Topoi geprägt wäre. Aber er ist jemand, der Roman belegt es, der ein antisemitisches Buch geschrieben hat.“ Matthias N. Lorenz: „Auschwitz drängt uns auf einen Fleck“. Judendarstellung und Auschwitzdiskurs bei Martin Walser. Stuttgart 2005, kommt nach einer umfassenden Sichtung von Romanen, Dramen und Essays zu dem Schluss, dass das gesamte „Werk Martin Walsers als Beispiel für literarischen Antisemitismus“ zu lesen sei, „Projekt einer nationalen ‚Bewusstseinsweckung‘“ der Deutschen nach Auschwitz, S. 483ff. Dazu kritisch Dieter Borchmeyer: Pranger-Philologie. In: Süddeutsche Zeitung, 23. August 2005.

<sup>36</sup> Hellmuth Karasek: Mordversuch um jeden Preis. Was wirklich drin steht: Martin Walsers neuer Roman beschädigt vor allem seinen Autor. In: Der Tagesspiegel, 31. Mai 2002.

<sup>37</sup> „Die Verlagsleitung ging in die Knie“. Abschied vom Suhrkamp-Verlag: Offener Brief von Martin Walser. In: Der Spiegel, 1. März 2004.

errichtet der Meinungsvielfalt Grenzen. Doch zur Aufhellung des Konflikts trägt die Isolation derer, die ihn bis zur Kenntlichkeit eskalierten, nur sehr eingeschränkt bei. Damit ist immer die Gefahr verbunden, den sichtbarsten Teil eines Problems anzuprangern, während unbemerkt bleibt, wie es in die Mitte der Gesellschaft hinein verwurzelt und verzweigt ist. Nicht das, was Nolte und Walser von der Gesellschaft trennt, ist für die Suche nach den Ursachen ihrer Haltungen vorrangig. Die Frage lautet vielmehr: Was verbindet Nolte und Walser mit der Bundesrepublik? In welchen intellektuellen Konstellationen und Bündnissen haben sie ihren Weg gemacht, *bevor* das Urteil maßgeblicher Redaktionen sie ins Abseits stellte? Demzufolge ist es tatsächlich geboten, Autoren wie diese „zurückzuholen“. Aber nicht im Sinne einer versöhnenden Wiedereingemeindung in den Kreis der Unbedenklichen<sup>38</sup>, sondern als Teile eines bedenkswerten Ganzen, dem sie als höchst individuelle Persönlichkeiten angehören und aus dessen Mitte sie, gemeinsam mit anderen, dem schon lange schwelenden Unbehagen im Geschichtsbewusstsein der Deutschen eine Stimme geben.

## 2.

Die zum Skandal erklärten Fälle Ernst Nolte und Martin Walser sind in die Geschichte der Bundesrepublik zurückzuverfolgen, wenn das Aufkeimen nationalkonservativer Denkhaltungen in den 70er Jahren verständlich werden soll. Die Beschränkung auf zwei Einzelne ist zu ersetzen durch den breiteren politischen, publizistischen und akademischen Zusammenhang, in dem alle der oben zitierten Wortmeldungen verständlich werden, diejenigen von Nolte ebenso wie die ganz konträr erscheinende Gedenkrede Richard von Weizsäckers, das „sachliche“ Plädoyer Broszats ebenso wie die fassungslose Resignation Amérys. Zu Schreiben ist die politische Vorgeschichte von Historiker- und Antisemitismustreit, von Historisierungsplädoyer wie von staatlicher Erinnerungs- und Gedenkpolitik.<sup>39</sup>

---

<sup>38</sup> Vgl. etwa Volker Kronenberg: Ernst Nolte und das totalitäre Zeitalter. Versuch einer Verständigung. Bonn 1999. Zustimmend dazu Karl H. Metz: Gegenwart, die nicht verstehen will. Zeitgeschichte als Politik: Ernst Nolte, das Schweigen und ein Versuch, es zu brechen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7. November 2000, kritisch Oliver Schmolke: Verständigung um den Preis der Verwischung. In: NPL 46 (2001), S. 480-482.

<sup>39</sup> Die Interpretationen des Historikerstreits sind so alt wie dieser selbst, denn in ihm wurde auch über die Bedeutung des Disputs gestritten. Die gesellschaftspolitische Einordnung stand sofort auf der Tagesordnung, blieb aber schlagwortartig. Die Kritiker Ernst Noltes, voran Jürgen Habermas, vermu-

Wo begann und wogegen richtete sich in ihrem Ursprung die Revision? In den jüngeren Auseinandersetzungen um Nolte wurde auf dessen „Traumatisierung“ durch die Studentenbewegung aufmerksam gemacht. Die Konflikte an der Freien Universität Berlin hätten gleichfalls seinen damaligen Assistenten und späteren Laudator Horst Möller einbezogen.<sup>40</sup> Die provokatorische Qualität der „außerparlamentarischen Opposition“, der neuen Linken und des 1968 kulminierenden Studentenprotests kam bereits Mitte der 70er Jahre zur Sprache, als von einer „Tendenzwende“ in der politischen Kultur der Bundesrepublik die Rede war. In Reaktion auf die Herausforderungen der Gesellschaftskritik habe sich die bürgerliche Mitte nach rechts gewendet.<sup>41</sup> Von einer „Restaurationsphase“, die 1972 einsetzte, sprachen jene, die sich selbst der kritischen Schule in den Geistes- und Sozialwissenschaften zugehörig

---

teten auf Anhieb, es gehe um die von konservativen Historikern betriebene Wiederherstellung nationaler Identität durch „Schadensabwicklung“ und „Entsorgung der deutschen Vergangenheit“. Vgl. Jürgen Habermas: Eine Art Schadensabwicklung. Die apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung. In: Die Zeit, 11. Juli 1986, und Wehler: Entsorgung der deutschen Vergangenheit. Diese Deutung setzte sich fort in die mit Habermas sympathisierenden Darstellungen der Kontroverse. Vgl. etwa Charles S. Maier: The Unmasterable Past. History, Holocaust, and German National Identity. Cambridge Mass. 1988, der den Historikerstreit darüber hinaus in einen Zusammenhang stellt mit der postmodernen Infragestellung aufklärerisch motivierter historischer „Narrative“, später Jürgen Peter: Der Historikerstreit und die Suche nach einer nationalen Identität der 80er Jahre. Frankfurt a.M. 1995. Auch Habermas' Opponenten fanden Widerhall mit ihrer Ansicht, es handle sich um einen unfruchtbaren Streit, mit dem die „Linke“ ihre kulturelle Hegemonie verteidigen wolle. Vgl. Steffen Kailitz: Die politische Deutungskultur im Spiegel des „Historikerstreits“. What's right? What's left? Wiesbaden 2001. Der Zusammenhang mit Walser wurde schließlich unter der These eines „neokonservativen Projekts“ der „Renationalisierung“ ebenfalls herausgestellt. Vgl. Gerd Wiegel: Die Zukunft der Vergangenheit. Konservativer Geschichtsdiskurs und kulturelle Hegemonie – Vom Historikerstreit zur Walser-Bubis-Debatte. Köln 2001. Erst bei Wiegel aber wird der Blick auf die 70er Jahre zurück verlängert, wenn auch seine Erklärung der Identitätssuche aus ökonomischen Krisen zu monokausal anmutet. Dass die Historiker nicht allein als Vertreter objektiver wissenschaftlicher Erkenntnisse agieren und auch Martin Walsers Positionen nicht nur als ästhetisches Problem anzusehen sind, ist weithin akzeptiert. Der Einschlag der Politik in die historiografischen Kontroversen wird mit dem Begriff der „Geschichtspolitik“ umfassend diskutiert. Vgl. Edgar Wolfrum: Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948-1990. Darmstadt 1999. Dennoch beschränken auch neuere Zusammenfassungen des Historikerstreits den „politischen Kontext“ zu schmal auf die Jahre nach der Regierungsübernahme Helmut Kohls, trennen den „wissenschaftlichen Kontext“ zu sehr vom politischen ab und stellen den „biographischen Kontext“ der beteiligten Personen in einen fast nur noch privaten Bezugsrahmen. So bei Ulrich Herbert: Der Historikerstreit. Politische, wissenschaftliche und biographische Aspekte. In: Martin Sabrow u.a. (Hg.): Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen seit 1945. München 2003, S. 94-113. Es käme jedoch gerade auf die Verschränkung und Verbindung der drei Dimensionen an, um die Politik in der Geschichtsschreibung zu finden und die Historiker als politische Akteure zu zeigen.

<sup>40</sup> Vgl. Richard Herzinger: Eine Radikalisierung. Angst vor dem „Liberismus“: Den Historiker Ernst Nolte hat seine eigene Biografie eingeholt. In: Die Zeit, 29. Juni 2000.

<sup>41</sup> Vgl. Hermann Glaser: Die Mitte und rechts davon. Bemerkungen zur Tendenzwende in der Bundesrepublik. In: ApuZ 42/1974, S. 14-36. Glaser sah den „Konservatismus im Kommen“ und formulierte als Ursache: „Nach dem historischen wie anthropologischen Grundgesetz von *Challenge and response* hat das Erstarken der Linken, haben im besonderen die Provokationen der Protestbewegung den Konservatismus aktiviert und seinem etwas verwaschenen Profil klarere Züge gegeben. Natürlich hat die Linke nicht den Konservatismus hervorgerufen; doch wurden im Verlauf der allgemeinen Polarisierung der sechziger Jahre latente Kräfte hervorgehoben und zur Formierung gebracht.“ Ebd., S. 18.

wussten und nun aus der Defensive argumentierten: Traditionen, „deren Fährte zu den intellektuellen Wurzeln des Naziregimes zurückführte“, so hieß es, kehrten wieder in einer neuen „staatstragenden politischen Theorie“. Carl Schmitts Polemik gegen die Moralisierung der Politik und gegen den ethischen Universalismus der Aufklärung, Arnold Gehlens Institutionalismus, der gegen die auflösende intellektuelle Reflexion den autoritären Kern des Staates behauptete, Hans Freyers Theorie der Nachaufklärung erlebten ihre Wiedergeburt in einer großen liberalkonservativen Koalition von Ordnungsphilosophen. Hier sei zu nennen der Bund Freiheit der Wissenschaften und seine pamphletistische „Tendenzliteratur“ gegen die Studentenbewegung.<sup>42</sup>

Diese Charakteristik, die von Jürgen Habermas stammt, war sowohl parteilich wie beteiligt an den Konflikten, die sie ins Auge fasste. Dagegen ist zu sagen, die 70er Jahre waren kein Jahrzehnt der Restauration nationalsozialistischer Ideen. Und „staatstragend“ im Sinne eines grundlegenden Einverständnisses mit der Bundesrepublik argumentierte Habermas selbst. Gleichwohl, er gab Hinweise, denen zu folgen ist. In der zeithistorischen Erschließung der 70er Jahre fällt mittlerweile Licht auch wieder auf die Abwehr der universitären Revolte durch den Bund Freiheit der Wissenschaft, auf die Teilhabe von Ernst Nolte als Gründungsmitglied und auf die Rolle des Bundes bei der allgemeinen Rekonstruktion konservativer Intellektualität.<sup>43</sup> Das Schockdatum 1968 muss als gravierend angesehen werden für das Selbstverständnis von Hochschullehrern, die sich in einem werthaft emphatischen Verständnis als bürgerliche Mitte betrachteten. Im Zuge der zunächst noch zaghaften, dann immer heftigeren, lauten, rechthaberischen und auch gewalttätigen Konfrontationshaltung der politisch elektrisierten Studenten zerriss bei vielen Ordinarien das überlieferte Bedeutungsgewebe ihres akademischen Selbstbewusstseins. 1968 wurde für sie zum zentralen Bezugspunkt der polemischen Abgrenzung, die mehr und mehr über die Universitäten hinaus in die publizistische Diskussion und in die politischen Parteien hineinwuchs. Hinzu traten die neue Ostpolitik Willy Brandts, das Konfliktfeld der emanzipativen Bildungspolitik, der Terrorismus und schließlich, zu Beginn der 80er

---

<sup>42</sup> Jürgen Habermas fand mit dieser Beschreibung sicherlich breiteren Zuspruch im Kreis derer, die im Protest von 1968 einen positiven Aufbruch sahen. In: Einleitung. In: Ders. (Hg.): Stichworte zur ‚Geistigen Situation der Zeit‘, Bd. 1, Nation und Republik, S. 7-35 (17ff.).

<sup>43</sup> Vgl. Axel Schildt: „Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten“. Zur konservativen Tendenzwende in den Siebzigerjahren. In: Archiv für Sozialgeschichte 44 (2004), S. 449-478, und Jens Hacke: Philosophie der Bürgerlichkeit. Die liberalkonservative Begründung der Bundesrepublik. Göttingen 2006, S. 94ff.



Jahre, die Friedensbewegung. Die politischen Initiativen der frühen sozialliberalen Regierungszeit, zunächst vor allem die Ostverträge, interpretierten konservative Autoren in eins mit dem Neomarxismus an den Universitäten und den ersten Terroranschlägen als Zeichen einer um sich greifenden deutschen Krise, der Schwäche und des Verfalls. Dies schuf die aufgestaute Unruhe, ohne die weder die späteren Entladungen des Historiker- und des Antisemitismusstreits noch die konsensuale Gedenkpoltik der Gegenwart voll verständlich werden. Denn nahezu alle zentralen politischen Projekte und Legitimationspostulate der sozialliberalen Konstellation in der Außen- und Innenpolitik verstanden sich als Antwort auf den Nationalsozialismus. Von konservativer Seite wurde ihnen die Schuld an „Werteverfall“, „Unregierbarkeit“, „nationaler Selbstaufgabe“, „sittlicher Verwahrlosung“ oder „Leistungsverweigerung“ in die Schuhe geschoben. Verkörpert war die in praktischer Reformpolitik angewandte Aufarbeitung der Vergangenheit in Kanzler Willy Brandt als dem Emigranten und Mitglied des sozialistischen Widerstands. An den Universitäten war sie repräsentiert durch Sozialwissenschaftler, die nach 1945 aus dem Exil zurückgekehrt waren oder die Ideen der exilierten Intellektuellen weiterdachten.

Festzuhalten ist als Arbeitshypothese, als erste allgemeine Kartierung einer genaueren Untersuchung: *Die konservative Neuformierung begann nach 1968 und gegen die Ideen von 1968, Ideen, die in den Augen der neukonservativen Protagonisten verschmolzen mit dem Schock der studentischen Protestkundgebungen, dem Regierungsantritt Willy Brandts, der neuen Ostpolitik und dem Terrorismus. In all dem vermuteten sie die negativen Folgen einer übertriebenen Aufarbeitung der NS-Vergangenheit.*

Um den Untersuchungsraum „nach 1968“ indes ganz in den Blick zu bekommen, erweist es sich als notwendig, zeitlich noch ein weiteres Stück zurück zu blenden. Denn was war vor 1968? Gab es eine geschichtskritisch motivierte Reformwelle, die nach langem Anlauf sich in den Ereignissen jenes Symbol gewordenen Jahres überschlug und im folgenden zur Abwahl des CDU-Kanzlers und ehemaligen NSDAP-Mitglieds Kurt-Georg Kiesinger beitrug? Die nationalsozialistische Erfahrung, wie sie von den verfolgten und ins Exil getriebenen Gegnern Hitlers verarbeitet wurde, hatte in der Tat nicht nur entscheidenden Anteil am Entstehen der kritischen Theorie. Bei jüngeren Westdeutschen, die in den 60er Jahren an die Universitäten kamen, war das von Entsetzen, Hilflosigkeit, Scham und Wut geprägte Verhältnis zur nationalsozialistischen Erblast ein maßgeblicher Antrieb zum Protest gegen gesellschaftliche

Misstände.<sup>44</sup> Die Studentenbewegung war nicht Urheber, sie steigerte vielmehr die Emotionalität der Auseinandersetzung mit dem NS-Regime. Sie trug die Anklage unheilvoller Tradition wirksam auf Straßen und Plätze, indem sie das Vergangene aktualisierte, belastete Personen attackierte und zeitgenössische Formen der Gewalt und der autoritären Herrschaft – seien es der Vietnamkrieg, der Kolonialismus oder die heimischen Polizeieinsätze gegen Demonstranten – in Analogie zum Nazismus brachte. Dieser Protest entstand inmitten einer schon zuvor in Bewegung geratenen Republik. Was hatte sich seit dem Ausgang der 50er Jahre in der Bundesrepublik verändert? Die verschlossene Behaglichkeit im willentlichen Beschweigen der nationalsozialistischen Gewaltverbrechen löste sich auf. Der bürgerliche Anstand, der auf Ruhe, Distanz und Diskretion hielt, hatte versagt vor der Frage: Was trieb die Täter und wie lässt sich der millionenfache Mord an den europäischen Juden in einen noch sinnvollen Geschichtsbezug bringen? Dann stand Adolf Eichmann in Jerusalem vor Gericht. Auschwitz kam im Frankfurter Prozess zur Anschauung und wurde zum politischen Begriff. Die Monstrosität der Taten und die Biederkeit der Angeklagten klafften weit auseinander. Der Boden der Alltagsmoral tat sich auf und es versank darin das Vertrauen in die Anständigkeit des normalen Bürgers und in die innere Menschlichkeit dessen, was bürgerlicher Anstand hieß, überhaupt. Der Vertrauensschwund erfasste die unversehrt geglaubten Traditionen und Institutionen. Studenten befragten die schweigenden Gewalten der Justiz und der Verwaltung auf ihre Mitschuld am Dritten Reich. Politische Versammlungen an der Universität nahmen schließlich auch die Universität selbst als vorbelastete Institution ins Visier. Die Studentenbewegung brach mit überkommenen Regeln höflicher Rücksichtnahme entlang einer abgestuften Hierarchie, die den Ordinarius von persönlicher Rechtfertigung für sein Tun unter der Diktatur frei gestellt hatte. Diese „Freiheit“ erklärten die Studenten für illegitim. Die „Schuldfrage“, im Wintersemester 1945/1946 von Karl Jaspers in seinen Heidelberger Vorlesungen gestellt und auf die kollektive „Haftung“ für „politische Schuld“ hin zugespitzt, blieb nach Gründung der Bundesrepublik wir-

---

<sup>44</sup> Die Belege für diesen Zusammenhang sind zahlreich. Vgl. exemplarisch Oskar Negt: *Achtundsechzig. Politische Intellektuelle und die Macht*. Göttingen (3)2001, S. 245ff., in kritisch gewendeter Autobiografie auf den Begriff einer „Selbstfaszination“ gebracht bei Gerd Koenen: *Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-1977* (2001). Frankfurt a.M. (2)2004, S. 95ff. oder komprimiert Wilfried Mausbach: „Man muß die ganze Wut diesen Herrenrassenbanditen ins Gesicht schreien“. Die 68er und die nationalsozialistische Vergangenheit. In: *Deutschland-Archiv* 38 (2005), S. 273-280.

kungslos<sup>45</sup>, gewann aber im Verlauf der 60er Jahre, während eine Mehrheit der Deutschen sie längst für erledigt hielt, an persönlicher, politischer und gesellschaftlicher Impulskraft. Von den parlamentarischen Debatten bis in die Familien hinein schmolz erschütternd ab, was an Gefühlen vereist war, und die Aufklärung von Verantwortung für die Massenverbrechen wurde wahrscheinlicher. Was allerdings darauf folgte, war wachsender Unmut der unpolitischen bürgerlichen Mitte der Gesellschaft über die immer neuen Versuche der öffentlichen Bewältigung. Dies war das mehrfach aufgeladene Klima am Ende der 60er Jahre.

Dass der Impuls zu offener Rechenschaft für die je unterschiedlichen Grade von Schuld an den NS-Verbrechen mehrheitlich nicht behagte, dass solche Forderungen auf Empfindlichkeiten trafen, Empörung und Widerwillen erregten, war 1968 nicht neu. Das zwölf Jahre währende Dritte Reich war schon unmittelbar nach dem Untergang 1945 und fortan ununterbrochen für die werdende Bundesrepublik das Störende in Staat und Gesellschaft. Neu war nach 1968, dass der ebensowohl nationale, konservative wie populäre Affekt gegen die selbstkritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ein deutliches Feindbild vor Augen hatte. Wem die Aufarbeitung der Vergangenheit schon immer ein Stachel im nationalen Fleische war, konnte nun behaupten, ein bösemeinendes linkes Milieu habe auf einer Woge der Sympathien aus dem Ausland die Meinungsmacht an Schulen, Hochschulen und in den Medien errungen. Neu war in den 70er Jahren, dass auch die ökonomischen Krisen aus einer Schwäche durch Vergangenheitsbewältigung erklärt wurden. Neu war schließlich, dass eine Gruppe nach 1945 beruflich wirksam gewordener liberaler Hochschullehrer und Publizisten, die in den 50er und 60er Jahren noch eine demokratische „Umerziehung“ der Deutschen befürwortet und unterstützt hatten, in der Konfrontation mit der Studentenbewegung das konservative Argument erlernten, zu viel kritische Distanz zu nationalen Traditionen und eine allzu universale politische Ethik seien schädlich

---

<sup>45</sup> Karl Jaspers: Die Schuldfrage. Heidelberg 1946, S. 29ff. Jaspers stellte sich gegen die ausweichenden Gefühlsreaktionen, die auf die materielle Not nach dem Kriegsende oder auf die Kollektivvorwürfe der Sieger verwiesen: „Unsere dunklen Gefühle verdienen nicht ohne weiteres Vertrauen. Unmittelbarkeit ist zwar die eigentliche Wirklichkeit, ist die Gegenwärtigkeit unserer Seele. Aber Gefühle sind nicht wie vitale Gegebenheiten einfach da. Sondern sie sind vermittelt durch unser inneres Handeln, unser Denken, unser Wissen. Sie werden vertieft und geklärt in dem Maße als wir denken. Auf das Gefühl als solches ist kein Verlaß. Sich auf Gefühle zu berufen, ist die Naivität, die der Objektivität des Wißbaren und Denkbaren ausweicht.“ Während einzelne Hörer wie Dolf Sternberger oder Alexander Mitscherlich sich stark beeindruckt zeigten, äußerte sich Jaspers selbst enttäuscht über die Apathie im besetzten Land, und die Anerkennung, die er erhielt, war im westlichen Ausland größer als in Deutschland. Vgl. Mark W. Clark: A Prophet without Honour: Karl Jaspers in Germany 1945-48, in: Journal of Contemporary History Vol. 37(2) (2002), pp. 197-222.

für den Zusammenhalt und das Prosperieren Deutschlands. Damit aber begann sich die sozialliberale Konstellation in ihrem inneren geschichtskritischen Zusammenhalt aufzulösen. Je mehr gesellschaftliche Unruhe durch den Störfall Vergangenheit entstand, je weniger eine finale politische „Bewältigung“ dieser Vergangenheit gelingen wollte, desto mehr rückten die um intakte, funktionierende Bürgerlichkeit besorgten Liberalen ab von einer politisch zugespitzten Aufarbeitung der Vergangenheit.

Der Rahmen der Untersuchung ist damit abgesteckt und die sie leitende Annahme ist zu formulieren: *Kritik und Kränkung, Krisenbewusstsein und Ordnungsbedürfnis gebaren bei westdeutschen Historikern, Sozialwissenschaftlern, Schriftstellern und Politikern den brennenden Wunsch nach einer stabilisierenden Revision der nationskritischen historischen Leitbilder. In diesem Sinne ist von einer Sammlungsbewegung neukonservativer Überzeugungen zu sprechen, die von 1968 ausging, der sich auch viele Liberale und einige Sozialdemokraten anschlossen und deren gemeinsamer Haltepunkt die „Bewältigung der Vergangenheitsbewältigung“<sup>46</sup> war.*

### 3.

Welche Konsequenzen sind aus diesem Problemaufriss für Methode, Quellenauswahl und Aufbau der folgenden Arbeit zu ziehen? Es soll die einheitliche Wirksamkeit des Motivs der neukonservativen Revision für die Entwicklung der Bundesrepublik nach 1968 dargestellt werden, ohne die Vielfalt der Begründungen zu übergehen. In diesen individuellen Ausprägungen habe ich im Verlauf der Lektüre eine für das Ganze der politischen Ideenproduktion konstitutive Bedeutung gefunden. Ich

---

<sup>46</sup> Norbert Frei: *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit.* München (2)1997, S. 13, spricht von einer „Geschichte der Bewältigung der frühen NS-Bewältigung“ mit Blick auf die legislative und administrative Revision des von den Alliierten verfügten Ausschlusses von NS-Kadern aus öffentlichen Funktionen. Alle im ersten Bundestag vertretenen Fraktionen wollten die von den Deutschen viel bespottete und verunglimpft „Siegerjustiz“ rückgängig machen, um das öffentliche Leben zu „normalisieren“. Die bis Mitte der 50er Jahre abgeschlossene Amnestierung auch schwerster Kriegsverbrechen bei einem gleichzeitigen Verbot offensiver ideologischer Rechtfertigungen des Nationalsozialismus bezeichnet Frei als „Vergangenheitspolitik“. Sowohl der überparteiliche Konsens im Ziel, die störende, beunruhigende politische Präsenz der NS-Vergangenheit zu neutralisieren, die Abgrenzung gegen so genannte Skandalfälle von Neonazismus als auch der Affekt gegen diejenigen Kräfte, die weiterhin offene Rechenschaft fordern, bilden eine Parallele zu den 70er Jahren. Wo es nach 1949 um die justizielle „Normalisierung“ ging, stand nach 1968 die intellektuelle und historische „Bewältigung der Vergangenheitsbewältigung“ auf der Agenda. Die Rolle der Siegermächte als provokatorischer Widerpart hatte die neue Linke eingenommen, die in den Augen einiger ihrer Gegner die antideutschen Motive eines feindlichen Auslands im Inneren lebendig hielt.

gehe daher grundsätzlich davon aus, dass historische Orientierungen und die mit ihnen verknüpften politischen Motive nicht bloß äußerlich auf ihre Autoren zurückzufolgen sind. Vielmehr meine ich, eine stark abstrahierende Strukturgeschichte der Ideen, die deren letzten Grund in ökonomischen Formationen der Gesellschaft sieht, lasse gerade das für die Soziogenese und für die politische Überzeugungskraft ideeller Äußerungen wesentliche Moment der persönlichen „Infektion“ mit sozialen Tatsachen außer Acht. Die ethische Innengestalt politischer Motive ist die für ihre Entstehung und Wirkung entscheidende Seite. An ihr ist die individuelle Übertragung oder Lernleistung des Menschen abzulesen, der von der Wahrnehmung sozialer Beziehungen, in die er sich verstrickt findet, zu ihrer Bestätigung oder Verwerfung in den moralischen Kategorien von Richtig oder Falsch, Recht oder Unrecht kommt, und dieser Prozess verläuft wie in einer Fieberkurve von der Entzündung zur Immunisierung des Denkens. „Immun“ ist das Denken dann, wenn es auf den Skandal einer sozialen Herausforderung eine passende und individuell zufrieden stellende Antwort gefunden hat, die in der Form einer allgemein argumentierten Überzeugung zur politischen Willensäußerung wird. Demzufolge gilt der Satz: Es gibt keine Ideen ohne die permanente Not des Menschen, sich in der Auseinandersetzung mit seiner natürlichen und gesellschaftlichen Umwelt sinnvolle Daseinsbezüge zu erarbeiten. Die Personen suchen als intellektuelle Persönlichkeiten aus verinnerlichten Konflikten einen Ausweg und kommen so zu den Begriffen und Motiven, die ihren Sozialcharakter bilden. Die Individualität, die im biografisch eingeschränkten Gesellschaftsdruck und in der sprachlichen Expression desselben je aufleuchtet, ist es, die verstehbar macht, warum die historisch-politische Bildung und Einbildung eine so mächtige Seelenbewegung im Menschen auslösen kann und dann sein politisches Wollen derart leidenschaftlich bestimmt und antreibt. Deshalb also folge ich einem Darstellungsprinzip, bei dem die Personen nicht nur beliebige Träger sind, sondern als Urheber und Autoren der Ideen im Mittelpunkt stehen.

Die untersuchten Personen verstehe ich durchgängig als politische Akteure. Sie beziehen ihr intellektuelles Weltverständnis aus der Politik. Sie richten ihre schriftstellerische, wissenschaftsorganisatorische, Regierung und Parteien beratende Wirkungsabsicht auf die Politik. Dies kann im einen Fall in seinem sehr engen Sinne durch die Personaleinheit von Hochschullehrer und Inhaber eines Regierungsamtes geschehen. Es kann durch akademisch-politische Lobbygruppen vermittelt sein. Oder es ergibt sich in anderen Fällen aus dem weiteren Zusammenhang dessen, was Her-

mann Lübke „Ideologiepolitik“ nannte: aus der publizistischen Netzwerkbildung und Vorfeldarbeit für gewünschte Richtungsentscheidungen der Mandatsträger und Amtspersonen.

Dieser methodische Ausgangspunkt führt notwendig dazu, individuelle Lebenswege soweit zu berücksichtigen, wie sie öffentlich erkennbare intellektuelle Persönlichkeiten mit ihren Wandlungen hervorbringen. Als Quellen habe ich vor allem die frei publizierten wissenschaftlichen und politischen Texte, Vorträge oder Diskussionen herangezogen. Sie werden fallweise ergänzt durch Zeugnisse Dritter, die in Rezensionen, Würdigungen, Interviews, Nachrufen den Werdegang und die Fragestellungen der Autoren kommentieren. Aus diesem offen zugänglichen Materialkorpus lassen sich ausreichend Informationen gewinnen, um die je sich schärfenden politischen Motive aufzuhellen. Biografien im eigentlichen Sinne einer möglichst intimen Darstellung des Individuums in der ganzen Dichte seiner familiären und freundschaftlichen Beziehungen und Bindungen können allerdings nicht geleistet werden. Es muss, schon aus pragmatischen Gründen, bei Skizzen bleiben, die gelungen wären, wenn die charakteristischen intellektuellen Linien hervortreten. Die einzelne Persönlichkeit ist indes auch nie das Ziel, immer die Durchgangsetappe der Aufklärungsarbeit. Der Erkenntnishorizont, auf den hin alle persönlichen Porträts gerichtet sind, ist die bundesrepublikanische Gesellschaft mit den sie prägenden politischen Überzeugungen. Aus den variierenden intellektuellen Lebensläufen mit ihren je besonderen Sensibilitäten, Erfahrungen, thematischen Zuspitzungen und sprachlichen Eigenheiten ergeben sich Gruppierungen. In dieser Studie geht es um die sich überlappenden Interessenkreise, deren Schnittmenge auszumessen und in ihrem gesellschaftspolitischen Gewicht zu bestimmen ist. Auf diesem Wege entstehen „Gruppenbilder“ Gleichgesinnter – kaum zufälligerweise „ohne Dame“.

Damit ist freilich noch nichts über die notwendige Auswahl der Autoren gesagt. Sie ergab sich Schritt für Schritt von den zunächst augenfälligen, oben genannten Streitereignissen um Nolte und Walser ausgehend. Mein erstes Interesse galt den Berührungen Ernst Noltens mit dem Neomarxismus der Studentenbewegung an der Universität Marburg. Eröffnend begann ich mit dem in der Nolte-Diskussion bislang weitgehend unbeachtet gebliebenen Streit um die Habilitation von Reinhard Kühnl. Dieser Einzelfall ließ sich erweitern, indem die Gruppe von Hochschullehrern ins Blickfeld rückte, die mit Nolte den gegen die Studentenbewegung gerichteten Bund Freiheit der Wissenschaften gründete. Als weitere strategische Persönlichkeiten von

herausragender Bedeutung waren somit Hermann Lübke und Hans Maier ausgemacht, die gleich Nolte die Autorität des Staates wanken sahen. Vom Regierungsantritt der sozialliberalen Koalition und der neuen Ostpolitik her fand ich einen zweiten, anders zusammengesetzten Kreis von konservativen Opponenten. Unter ihnen nahmen die Historiker Theodor Schieder, Werner Conze, Karl-Dietrich Erdmann eine besondere Mittlerrolle ein, gerade weil sie tief in die imperialen Imaginationen des deutschen Nationalismus vor 1945 verstrickt waren und sich in der Bundesrepublik Willy Brandts aus der politischen Mitte verdrängt fühlten, ohne in eigenem Namen noch zu großer Polemik ausholen zu können oder zu wollen. Sie waren jedoch wirksam im Stiften von akademisch-politischer Gruppensolidarität und boten mir einen wichtigen Anhaltspunkt bei der Positionsbestimmung weiterer Akteure. Andreas Hillgruber und wiederum Ernst Nolte exponierten sich weit mehr und zogen kausale Verbindungen von der neuen Linken zur außenpolitischen „Selbstaufgabe“ der deutschen Nation. In verwandter Argumentation, provoziert von der RAF, beschäftigte Hand Maier der „antideutsche“ Diskurs als vermeintlich bestimmendes Element von sozialen Auflösungserscheinungen. Nach den Terroranschlägen des „Deutschen Herbstes“ 1977 stellten auch Linke die nationale Frage, und Martin Walser trat mit seinem Dementi des Antifaschismus hervor, dessen identitätspolitische Aufladung besonders deutlich hervortritt in Verbindung mit und Abgrenzung zu Jean Améry, der gleich Walser 1965 die eindringliche Frage nach der Begreifbarkeit und den politischen Konsequenzen von Auschwitz aufgeworfen hatte. Mit Blick auf den Beginn der 80er Jahre verfolgte ich die etablierten personellen Konstellationen des Bundes Freiheit der Wissenschaft weiter. Ich orientierte mich an Dokumenten der anhebenden staatlichen Gedenkpolitik von konservativliberaler Seite, die mit dem 50. Jahrestag der „Machtergreifung“ 1983 einen ersten großen Auftritt hatte. Hermann Lübke formulierte aus diesem Anlass sehr einflussreich, wie Historisierung, Entmoralisierung, konsensuale Erinnerungs- und neue Machtpolitik zusammenwirken.

Über die Zeitspanne von 1968 bis Mitte der 80er Jahre waren alle Ideen und Handlungsfelder einer „Bewältigung der Vergangenheitsbewältigung“ voll entfaltet. Im Aufbau der Arbeit folge ich über diese gut anderthalb Jahrzehnte der Chronologie der Ereignisse und gehe aus von einem verlaufslolgischen Zusammenhang, der sich nicht zuletzt an der Entwicklung und Wandlung der Personen ausweist. Dieses die Arbeit im Ganzen verklammernde Prinzip wird durchbrochen durch Rückblenden in

den Einzelporträts. Wo die Akteure erstmalig auftreten, gehe ich mit ihnen zurück in die 60er, in die 50er Jahre, bisweilen auch in die NS-Zeit und die Weimarer Republik, um den individuellen Lebenszusammenhang zu bewahren und an den Untersuchungszeitraum heranzuführen.

Zum Zweiten sind in die chronologische Entwicklung der Gruppenbilder auf drei Stufen Zusammenfassungen eingezogen: als bündelnde, paradigmatische Verdichtungen der vielgestaltig ausgeprägten Haltungen auf drei typische Hauptmotive. Von diesen drei Hauptmotiven, denen sich alle Akteure verpflichten, leitet sich die Gliederung der Arbeit in drei Hauptkapitel her: Betrachtet wird der Weg vom akademischen Antimarxismus zum neuen Staatsbewusstsein (I.), vom Widerwillen gegen nationale Selbstaufgabe zum Selbstbehauptungsnationalismus (II.) und von der Gewalterfahrung des internationalen Terrorismus zur Erinnerung an die Macht (III.). Die eingangs offen gelassene Definition des Begriffes einer „neukonservativen Revision“ erhält somit neben der politischen Stoßrichtung gegen die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit schließlich auch die inhaltliche Bestimmung: Staat, Nation und Wille zur Macht bilden auch in den 70er Jahren wieder das Dreigestirn am konservativen Wertehimmel der Deutschen. Das erneute Maßnehmen an diesen Orientierungen wird im Folgenden zu zeigen sein. Unter ihrem Einfluss hat sich die Bedeutung der nationalsozialistischen Erfahrung in Deutschland gewandelt. Verwandelt hat sich die Bundesrepublik. Wenn die möglichst dichte Beschreibung dieser Verwandlung gelingt, so wäre dies ein Beitrag zur politischen Geschichte der späten westdeutschen Republik und zur geistesgeschichtlichen Genese der politischen Kultur im vereinten Deutschland.